

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 17.11.1999

Sitzungsort:
Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Sitzungsdauer:
17.00 Uhr - 19.20 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Beigeordneter Wilhelm Leeker - Vorsitzender -
Ratsherr Hans Grigull
Beigeordneter Hans-Dieter Haase
Beigeordneter Jürjen Heinks
Ratsherr Horst Jahnke
Ratsherr Wilhelm Jerems
II. Bürgermeister Eiwin Scholl
Ratsherr Johann Südhoff

für Ratsfrau Inge Hoffmann

für Ratsfrau Herta Everwien

CDU

Ratsherr Reinhard Hegewald
Ratsfrau Monika Hoffmann
Beigeordneter Heinz Werner Janßen
Ratsherr Hinrich Odinga

für Ratsherrn Nils Köhler

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

F.D.P. (Grundmandat)

Ratsherr Erich Bolinius

von der Verwaltung

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann
Erster Stadtrat Ludwig Hemken
Stadtbaurat Jan Röttgers
Städt. Oberamtsrat Dieter Mansholt
Stadtamtsrätin Helga Otholt
Stadtamtsrat Heinz Steenhardt
Stadtangestellter Thomas Schnieders
Stadtangestellter Nils Andersson
Stadtangestellte Renate Kramer
Stadtangestellter Erich Hoffmann
Stadtangestellter Udo Kattenbeck

als Protokollführerin
als Protokollführer
als Protokollführer

Öffentlichkeit

2 Vertreter der örtlichen Presse

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 17.11.1999

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Leeker eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 16.09.1999

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 16.09.1999 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/1047
Tarif der Stadt Emden über Gebühren- und Beitragssätze der Abfallbeseitigung für das Haushaltsjahr 2000

Herr Hemken erläutert, dass es notwendig sei, noch in diesem Jahr den Tarif für das Jahr 2000 zu beschließen, damit ein nahtloser Übergang von 1999 in das Jahr 2000 gewährleistet sei. Der Tarif sei gegenüber dem Tarif 1999 unverändert.

Er erläutert, dass in den vergangenen Monaten im Bereich des gewerblichen Mülls Mehreinnahmen zu verzeichnen seien. Die Nachzahlungen für DSD hätten im Bereich der Ausgaben jedoch härter getroffen als erwartet. Mit der Veränderung des Tarifs in 1999 sei ein Teil der Kostenveränderung aufgefangen worden, dies habe aber nicht zu einem ausgeglichenen Gebührenhaushalt geführt. Seitens der Verwaltung denke man darüber nach, ob ein anderes Müllsystem den veränderten Bedingungen gerechter werden kann.

Herr Hemken bittet Herrn Schnieders, zunächst die aktuelle Situation im Gebührenhaushalt Abfallbeseitigung darzustellen. Anschließend solle Herr Andersson das neue Müllsystem vorstellen. Danach könne man gemeinsam über die weitere Vorgehensweise beraten.

Herr Schnieders berichtet, dass nach Abschluss der Kostenrechnung für das Wirtschaftsjahr 1998 eine Unterdeckung in Höhe von 1.139.486 DM ausgewiesen worden sei. Eine Hochrechnung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses mache deutlich, dass auch für das Jahr 1999 mit einer Unterdeckung in Höhe von 1.000.400 DM gerechnet werden müsse. Eine Überprüfung habe ergeben, dass in erster Linie zwei Entwicklungen zu dieser Prognose geführt haben.

Für Steuernachzahlungen habe man in der Gebührenkalkulation 950.000 DM eingeplant. Die endgültigen Steuerbescheide lägen zwar noch nicht vor, man rechne aber mit einer zusätzlichen Körperschafts- und Gewerbesteuernachzahlung von 550.000 DM, da die Überschüsse aus DSD seit 1998 nachträglich zu versteuern seien. Er betont, dass trotz dieser Nachzahlungen der Bereich DSD die Entwicklung der Müllgebühren positiv beeinflusst habe.

Seit 1997 sei die Menge des hausmüllähnlichen Gewerbemülls um 37,05 % zurückgegangen. Durch Gesetzesänderungen sei es möglich, dass Betriebe diese Abfälle zur Verwer-

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 17.11.1999

tung anderweitig entsorgen. Diese Entwicklung habe man zwar erkannt, einige Kostenfaktoren an der Müllumladestation (Personalkosten, Miete, etc.) konnten aber trotz der rückläufigen Mengen nicht wesentlich oder gar nicht reduziert werden. Dies habe zu einer weiteren Belastung von 200.000 DM in 1999 geführt.

Weitere Gründe für die negative Entwicklung seien, dass durch die Erhöhung der Gebühr für die Sperrgutabfuhr zwar mit einem Rückgang der Sperrgutabfuhr gerechnet wurde, dieser Rückgang aber wesentlich stärker ausgefallen sei, als in der Kalkulation geplant. Eine ähnliche Abwicklung sei bei PKW-Direktanlieferungen zu verzeichnen. Auch hier sei der Rückgang mit 44,32 % deutlich höher als erwartet.

Herr Schnieders erklärt, dass es notwendig sei, bereits zu Beginn des Jahres 2000 über die Zukunft im Bereich der städtischen Abfallgebühren nachzudenken. Man könne davon ausgehen, dass der Rückgang der Anlieferungsmengen im Bereich hausmüllähnlicher Gewerbeabfall nicht mehr kompensiert werden könne, da die als Wertstoff deklarierten Abfälle heutzutage zu einem Preis entsorgt werden könnten, der unterhalb der Kosten für Transport und Verbrennung in Bremerhaven liege. Auch die Änderung der Verpackungsverordnung führe dazu, dass im Bereich DSD in Zukunft keine Überschüsse mehr zu erwarten seien.

Herr Schnieders stellt fest, dass mit der vorhandenen Gebührenstruktur schon im Jahre 2000 im Bereich der Restmüllgefäße mit deutlichen Erhöhungen gerechnet werden müsse. Nach der Erstellung der Betriebsabrechnung 1999 mit den Teilergebnissen der einzelnen Kostenstellen müsse im I. Quartal 2000 über Lösungsmöglichkeiten beraten werden.

Herr Leeker bittet, Fragen zu den Ausführungen von Herrn Schnieders zunächst zurückzustellen und erteilt Herrn Andersson das Wort.

Herr Andersson erklärt, dass auch seitens des BEE mit Nachdruck nach Alternativen gesucht werde. Wie aus den Zahlen der Kostenrechnung deutlich geworden sei, könne eine Kostenreduktion im Bereich der Hausmüllabfuhr zur Entlastung des Gebührenhaushalts beitragen, da die Verbrennung ca. 50% der Kosten im Gebührenhaushalt Abfallbeseitigung ausmache. Hier solle ein Anreiz für den Bürger zur Müllvermeidung, Wertstoffsortierung und Eigenkompostierung geschaffen werden.

Im Gegensatz zur Abfallbeseitigung würden alle anderen kommunalen Abgaben anhand des Verbrauchs bzw. der Inanspruchnahme berechnet. Gesucht würde deshalb eine Möglichkeit der verursachungsgerechten Gebührengestaltung. Mit der Einführung eines Verwiege- und Identifizierungssystems für die städtische Müllabfuhr würde dieser verursachungsgerechten Gebührengestaltung Rechnung getragen.

Anhand einiger Bilder erläutert Herr Andersson die technische Aus- bzw. Umrüstung der städtischen Müllfahrzeuge. Auch die Müllgefäße würden mit entsprechender Technik ausgerüstet. Mittels einer Chipkarte würde jedes Müllgefäß individuell erkannt und anschließend gewogen. Voraussetzung wäre die einheitliche Benutzung von 120-l-Gefäßen. Herr Andersson merkt an, dass die Umrüstung auf 120-l-Gefäße auch ohne die Einführung eines Verwiegesystems notwendig würde, da die Arbeitsschutzbestimmungen Gefäße ohne Räder in Zukunft verbiete.

Herr Andersson berichtet, dass das Verwiegesystem neben der Kostenreduzierung durch Müllvermeidung auch weitere Vorteile biete. So könne gleichzeitig eine Datenerfassung zur EDV-gestützten Tourenplanung vorgenommen werden. Mit der Umstellung auf 120-l-Gefäße sei sowohl eine geringere physische Belastung für die Müllwerker als auch für die Bürger zu erreichen. Gleichzeitig würde dadurch die neue Unfallverhütungsvorschrift erfüllt.

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 17.11.1999

Nachteil des Verwiegesystems sei, dass es einen Anreiz zur Fehlentsorgung biete. Erfahrungen in anderen Kommunen weisen jedoch eine nur sehr geringe Zunahme der Fehlentsorgung durch illegale Ablagerung, Verbrennung oder Entsorgung in öffentlichen Abfallkörben auf. Der eigenen Abfallbehälter können mit einem Schloss gesichert werden, in Mehrfamilienhäusern würden Müllschleusen eingebaut.

Die Investitionen für das Verwiegesystem lägen bei 1,3 Mio.DM zuzüglich der Umstellung auf die 120-l-Gefäße.

Herr Andersson erklärt abschließend, dass andere Kommunen von Mengenreduzierungen von mindestens 25 % nach Einführung des Verwiegesystems berichteten.

Herr Bolinius zeigt sich erfreut über die bereits lange geforderte Alternative. Allerdings befürchte er das Entstehen von wilden Müllkippen.

Herr Andersson erklärt, dass statistisch kein relevanter Anstieg von wilden Müllkippen zu verzeichnen sei.

Herr Bolinius möchte wissen, wie hoch die Fixkostenanteile in den Müllgebühren sind und wie hoch der Deckungsbeitrag der einzelnen Gebühren ist. Er bittet darum, die Unterlagen von Herrn Schnieders und Herrn Andersson zur Verfügung zu stellen.

Anmerkung des Protokollführers:

Die Unterlagen von Herrn Schnieders und Herrn Andersson wurden den Fraktionen direkt im Anschluss an die Ausschusssitzung ausgehändigt.

Herr Janßen betont, dass seine Fraktion das Verwiegesystem bereits vor vielen Jahren als Alternative zum herkömmlichen System ins Gespräch gebracht habe. Er bittet die Verwaltung, alle zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen, um den Vertrag mit der Verbrennungsanlage in Bremerhaven an die aktuellen Mengen anzupassen. Herr Janßen schlägt vor, die Gebührensatzung unverändert zu beschließen, die neue Technik aber so schnell wie möglich einzuführen.

Herr Scholl betont, dass ein gerechteres Müllsystem nur dann Sinn mache, wenn es zu einer Kostensenkung insgesamt führe. Möglicherweise seien auch mit einer intensiveren Müllsortierung noch Kosteneinsparungen zu erzielen.

Herr Haase begrüßt, dass trotz des Defizits nicht gleich die Gebühren angehoben werden, sondern auch seitens der Verwaltung über Alternativen nachgedacht werde. Der Bürger habe einen Anspruch auf die gerechte Erhebung der Gebühren. Er fragt an, welcher Zeitraum für die Umstellung auf das Verwiegesystem veranschlagt werden muß und ob die Steuerrückzahlung eine einmalige Rückzahlung sei.

Herr Hemken antwortet, dass die Steuerrückzahlung einmalig sei.

Herr Haase regt den Einstieg in das "Müllgeschäft" durch den BEE an. Möglicherweise seien hier Potentiale, die von privaten Firmen genützt würden, die auch der Stadt Emden Vorteile bringen könnten. Er bittet die Verwaltung, den Vertrag mit der Müllverbrennungsanlage in Bremerhaven nochmals zu überprüfen. Weiterhin möchte Herr Haase wissen, ob in der Stadt Emden auf die "Braune Tonne" verzichtet werde.

Herr Brinkmann schlägt vor, den unveränderten Gebührentarif heute zu beschließen. Mit den Ergebnissen aus dem 1. Quartal 2000 könne dann gemeinsam über Alternativen beraten werden. Er betont, dass die Verwaltung bereits in Verhandlungen mit Bremerhaven ste-

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 17.11.1999

he, dass die Stadt Emden aber grundsätzlich an der Müllverbrennung festhalten wolle. Ab 2005 solle es keine Deponie mehr geben.

Zur Vorbereitung des Verwiegesystems benötige man ca. ¾ Jahr. Die Verwaltung strebe die Einführung zum 01.01.2001 an. Nach Meinung der Verwaltung könne auf die Einführung der "Braunen Tonnen" verzichtet werden.

Herr Renken befürwortet die Vorgehensweise, zunächst den Gebührentarif zu beschließen. Im Anschluss daran solle eine Komplettlösung gefunden werden. Er fordert, dass mit dem Verwiegesystem keine versteckte Gebührenerhöhung verbunden sein dürfe. Er sei nach wie vor für die Einführung der Biotonne, wünsche sich jedoch auch die Förderung der Eigenkompostierung. Er würde gern Einsicht in die Verträge zwischen der Stadt Emden und der Müllverbrennungsanlage Bremerhaven nehmen, um beurteilen zu können, welche Kosten langfristig und welche kurzfristig seien.

Herr Brinkmann erklärt, dass bezüglich der Biotonne weitere Gespräche zwischen dem Rat, der Verwaltung und der Bezirksregierung notwendig seien. Er betont, dass Herr Renken Einsicht in die Vertragunterlagen nehmen könne, er sehe die Überwachung und Überarbeitung der Unterlagen jedoch als ständige Aufgabe der Verwaltung an.

Herr Bolinius fragt an, mit welcher Lebensdauer der Investition gerechnet werde.

Herr Hemken antwortet, dass von einer Lebensdauer von 10 Jahren ausgegangen wird.

Herr Leeker bittet über die Vorlage Nr. 13/1047 abzustimmen.

Der Entwurf der Verwaltung wird einstimmig angenommen.

Beschluss: Dem Rat wird folgender Beschluss empfohlen:

Der Rat beschließt den der Vorlage als Anlage beigefügten Tarif der Stadt Emden über Gebühren- und Beitragssätze der Abfallbeseitigung für das Haushaltsjahr 2000.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Vorlage 13/917
13. Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für die Friedhöfe der Stadt Emden

Ergebnis: Dieser TOP wurde aus Zeitgründen auf eine spätere Sitzung verschoben.

Punkt 6: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. EGZ; Sachstandsbericht

Herr Leeker erteilt **Herrn OB Brinkmann** das Wort. Dieser teilt mit, dass die drei Geschäftsführer (Herr Steenhardt, Herr van Ellen und Frau Fekken) hervorragende Arbeit geleistet hätten. Herr Haase hat die Mitteilung aus Hannover erhalten, dass der 2. Bauabschnitt des Emdener GründerInnen Zentrums bewilligt wurde und die Landesregierung das Projekt auch weiterhin unterstützen werde.

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 17.11.1999

Der OB stellt Herrn Dr. Penzek (Volkswagen AG) vor und erteilt ihm das Wort.

Bevor Herr Dr. Penzek berichtet, stellt Herr Brinkmann noch zwei neue Mitarbeiter der Stadt Emden vor. Es sind dieses Herr Rogger (kaufm. Leiter BEE) und Herr de La Lanne (Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung).

Herr Dr. Penzek bedankt sich zunächst für die Einladung und erläutert das Projekt "AutoVision" im EGZ, das von der Fa. McKenzie entwickelt wurde. Herr Dr. Penzek erläutert weiterhin den Verlauf von der Idee zur Verwirklichung des Projekts "AutoVision". Das Kernelement von "AutoVision" ist ein Gründungswettbewerb. Um das Ziel "Neugründungen" zu erreichen, bedürfe es nicht nur finanzieller Unterstützung, sondern es sei auch viel Engagement erforderlich. Das Werkmanagement Wolfsburg stehe 100%ig hinter dieser Idee und biete auch zukünftig aktive Unterstützung an. Anschließend erläutert Herr Dr. Opl (McKenzie) anhand von Folien den Verlauf dieses Projektes, das auch schon in anderen Städten mit Erfolg durchgeführt wurde.

(Herr Hegewald verlässt die Sitzung um 18.30 Uhr; Herr Röttgers verlässt die Sitzung um 18.45 Uhr; Herr Grigull, Herr Bolinius und Herr Heinks verlassen die Sitzung um 19.00 Uhr.)

Der OB bedankt sich bei den Herrn Dr. Penzek und Dr. Opl für deren Beiträge und teilt mit, dass er ein Gespräch zu diesem Thema mit den Landkreisen Aurich, Leer und Wittmund geführt habe und auch dort auf positive Resonanz gestoßen sei.

Herr Renken fragt an, in welchem Rahmen "AutoVison" stattfinden könne? Was könne die Region tun?

Der OB teilt mit, dass ein "Runder Tisch" mit allen Fraktionen zusammen mit Herrn Dr. Opl stattfinden sollte, um alle Fragen beantworten zu können.

Herr Leeker bedankt sich bei Herrn Dr. Penzek und Herrn Dr. Opl.

2. Bündnis für die Innenstadt; Sachstandsbericht

Der OB berichtet von seinem letzten Gespräch mit den Teilnehmern Marahrens (DEHOGA), Müller, Gröttrup, Barghoorn (Schaufenster), Bockstiegel (Neutorstraße), Thaeater (Einzelhandelsverband), Nowak und Gerdes (Verkehrsverein), Sälzer (Stadtmarketing) sowie Röttgers, de La Lanne, van Ellen und Look (Stadtverwaltung).

Die Gesprächspartner seien sich einig, dass eine GbR gegründet werden und mit Unterstützung des Arbeitsamtes eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter eingestellt werden solle. Die GbR bestehe aus 4 Säulen:

DEHOGA
Handel
Stadt
Kultur/Kunsthalle/Landesmuseum/á Lasco-Bibliothek

In zwei Jahren werde sich die GbR auflösen und in eine GmbH umgewandelt, falls diese zwei Jahre positiv verliefen. Die Vereine "Stadtmarketing", "Schaufenster" usw. könnten dann auch aufgelöst werden.

Herr de La Lanne werde zusammen mit Herrn Jan Egberts das Grundkonzept mit dem dazugehörigen Maßnahmenhaushalt erarbeiten.

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Finanzen am 17.11.1999

Herr Janßen fragt an, ob die GbR sich auch für ein Parkhaus einsetze.

Der OB beantwortet diese Frage mit "nein".

Punkt 7: Anfragen

Keine

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.20 Uhr.